

Bezugpreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1,50.
Durch die Post im Ost- und Ober-
sachsenbezirk, sowie im früheren in-
ländischen Verkehrsgebiet RM. 1,80 mit
Postzuschlag. Preis freierlie-
gend. Preis einer Nummer 10 Npf.
In Fällen höherer Gewalt behält sich
der Verleger auf Verlangen der
Leser das Recht vor, den Preis zu erhöhen.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Fernsprecher N. 4.
Schriftverkehr Nr. 21 bei der Oberamt-
druckerei Neuenburg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenburg.

Nr. 27 Donnerstag den 2. Februar 1933 91. Jahrgang

Der Reichstag aufgelöst - Neuwahl am 5. März

Berlin, 1. Febr. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Zentrum über eine Tolerierung des Kabinetts Adolf Hitler sind gescheitert. Die Reichsregierung ist offenbar nicht gewillt, die vom Zentrum in Form von Fragen gestellten Forderungen zu bewilligen. Damit entfällt auch die Möglichkeit, daß eine Mehrheit im Reichstag dem Kabinetts Hitler ein Ermächtigungsgesetz zur Durchführung der wichtigsten Aufgaben ohne das Parlament gibt. Die Reichsregierung hat unter diesen Umständen dem Reichspräsidenten die sofortige Auflösung des Reichstages vorgeschlagen. Der Reichspräsident Adolf Hitler und der Vizekanzler von Papen erstatteten am Mittwoch nachmittags dem Reichspräsidenten über diesen Beschluß des Kabinetts und über die politische Lage einen Bericht. Der Reichspräsident hat der Reichstagsauflösung zugestimmt und die Auflösungsorder unterzeichnet. Die Neuwahlen werden auf den 5. März festgesetzt.

Die Auflösungsorder

w. Berlin, 2. Febr. Die Verordnung des Reichspräsidenten, mit der der Reichstag aufgelöst wird, hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstages zu der neu gebildeten Regierung des nationalen Zusammenstoßes Stellung nimmt.“

Durch eine weitere Verordnung vom heutigen Tage wird als Wahltermin der 5. März 1933 bestimmt.

wären wir doch beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde.

Soll aber Deutschland diesen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg erleben und seine Verpflichtungen den anderen Nationen gegenüber gewissenhaft erfüllen, dann legt dies eine entscheidende Tat voraus: die Überwindung der kommunistischen Verletzung Deutschlands.

Wir Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkstums und damit für die endgültige Überwindung des Klassenwahns und Klassenkampfes. Nicht einen Stand sehen wir, sondern das deutsche Volk, die Millionen seiner Bauern, Bürger und Arbeiter, die entweder gemeinsam die Sorgen dieser Zeit überwinden werden oder ihnen sonst gemeinsam erliegen.

Entschlossen und getreu unserem Eide wollen wir angesichts der Unfähigkeit des derzeitigen Reichstages, diese Arbeit zu unterstützen, dem deutschen Volke selbst die Aufgabe stellen, die wir vertreten. Der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, hat uns berufen mit dem Befehl, durch unsere Einmütigkeit der Nation die Möglichkeit des Wiederaufstiegs zu bringen. Wir appellieren deshalb nunmehr an das deutsche Volk, diesen Akt der Vergebung selbst mit zu unterzeichnen.

Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten, und sie wird arbeiten. Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen. Sie ist entschlossen, in vier Jahren die Schuld von 14 Jahren wieder gutzumachen. Wenn sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaus der Genehmigung bereit unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten.

Die Parteien des Marxismus und seine Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld. Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren, und dann urteile und richte uns.

Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken, denn wir wollen nicht lämpfen für uns, sondern für Deutschland!

Adolf Hitler.

von Baden, von Neuenburg, Dr. Frid. Graf Schwerin-Krohlitz, Dr. Jägerberg, Feldte, Dr. Girtner, von Blomberg, Eig. von Ribbenand, Göring, Dr. Gericke.

Dieser Aufruf wurde vom Reichskanzler am 10. Uhr im deutschen Rundfunk, an den amerikanischen Sender angeschlossen waren, vorgetragen.

Der Aufruf teilt mit, daß Hitler morgen im Reichsrat grundsätzliche Ausführungen über seine Politik machen werde.

Der Sinn der Auflösung Neuwahlen auch in Preußen?

Berlin, 1. Febr. (Eig. Meld.). Wie wir erfahren, ist dem Zentrum nach am Mittwoch abend die Antwort auf seine Fragen zugesandt worden, und zwar in einem Briefe des Reichskanzlers an den Prälaten Kaas, wie ja auch die Fragen selbst in der gleichen Form eines veröhnlichen Briefes gehalten waren. In der Antwort dürfte zum Ausdruck gekommen sein, daß der Kanzler die Fragen als eine Ablehnung seiner Frage auffassen mußte, ob das Zentrum bereit sei, in eine Vertagung des Reichstages auf etwa ein Jahr einzuwilligen.

Nach diesem Stand der Dinge war also mit den Zentrumfragen eine Situation gegeben, in der die Auflösung des Reichstages unvermeidlich wurde.

Daß die Reichsregierung in voller Geduld unter ihrem Aufruf steht, ging aus der Tatsache hervor, daß sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts Wert darauf gelegt haben, ihren Namen unter ihn zu setzen. Im übrigen wird von unterrichteter Seite noch betont, daß von Plänen über eine Veränderung des Wahlrechts bisher nichts bekannt geworden sei. Wenn es überhaupt zu Änderungen komme, so könnten sie nur geringfügig sein und nicht soweit gehen wie etwa zu einer Verschiebung des Wahlalters oder besonderen Vorzügen für irgend welche Klassen oder dergleichen. Im Wahlkampf werden alle Parteien die gleichen Rechte haben. Es wird betont, daß die Reichsregierung sich vom ersten Tage an auf einen überaus loyalen Standpunkt gestellt hat. Es müßten also schon besondere Gründe die Durchführung der Wahl auf dieses Volk unmöglich machen. Die Entscheidung hierüber liegt bei den Parteien selbst. Dabei ist es kein Zweifel, daß man die Entwicklung der Dinge im Reich, wie sie in den vielfachen Zusammenstößen zum Ausdruck kommt, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Bisher hat die Reichsregierung aber hierzu noch nicht in der Form besonderer Maßnahmen Stellung genommen, da die Klärung der innerpolitischen Gesamtsituation durch die Auflösung und die Neuwahlen die Arbeit der beiden Kabinettsregierungen vom Mittwoch vollkommen ausfüllte.

Es ist beabsichtigt, die Wahl in Preußen gleichzeitig durchzuführen. Im Augenblick steht natürlich noch nicht fest, ob im Landtag am Samstag eine Mehrheit für die Auflösung zustandekommt.

Man hat deshalb die Frage aufgeworfen, ob bei einem

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 2 Npf., Kleinanzeigen 50 Npf., Kollationsanzeigen 100 Npf., Zuschlag, Offerte und Auftragserteilung 20 Npf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zahlungsverweigerungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenburg. Für teile, Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Ein Aufruf der Reichsregierung

w. Berlin, 1. Febr. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Über vierzehn Jahre sind vergangen seit dem unseligen Tage, da von inneren und äußeren Verbrechen verblendet, das deutsche Volk der höchsten Güter unserer Vergangenheit des Reiches, seine Ehre und seiner Freiheit vergaß, und dabei alles verlor. Seit diesem Tage des Verrates hat der Allmächtige unserm Volke seinen Segen entzogen. Zwietracht und Haß hielten ihren Einzug. In tieferer Bekümmernis sahen Millionen besser deutscher Männer und Frauen aus allen Lebensständen die Einheit der Nation dahinsinken und sich auflösen in ein Gewirre politisch-egoistischer Gegenkräfte. Wie so oft in unserer Geschichte bietet Deutschland seit diesem Tage der Revolution das Bild eines herzerbrechenden Zerfalls. Die versprochene Gleichheit und Brüderlichkeit erhielten wir nicht, aber die Freiheit haben wir verloren. Denn dem Verfall der geistigen und weltensmäßigen Einheit unseres Volkes im Innern folgte der Verfall seiner politischen Stellung in der Welt.

Seit durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk im Jahre 1918 in den großen Kampf zog ohne jeden Gedanken an eine eigene Schuld und nur erfüllt von der Lust der Sorge, das angegriffene Reich, die Freiheit und die Ehre des deutschen Volkes zu verteidigen zu müssen, sehen wir in dem erschütternden Schicksal, das uns seit dem November 1918 befallt, nur das Ergebnis unseres inneren Zerfalls.

Allein auch die übrige Welt wird seitdem nicht minder von großen Krisen durchdringt. Das geschichtlich ausgewogene Gleichgewicht der Kräfte, das einst nicht wenig beitrug zum Verständnis für die Notwendigkeit einer inneren Solidarität der Nationen, mit all den daraus resultierenden glücklichen wirtschaftlichen Folgen, ist befallt. Die Bahnhöhe vom Sieger und Besiegten zerbröckelt das Vertrauen von Nation zu Nation und damit auch die Wirtschaft der Welt.

Das Elend unseres Volkes aber ist entsetzlich! Dem arbeitslos gewordenen, hungernden Millionenproletariat der Industrie folgt die Verelendung des gesamten Mittel- und Handwerksstandes. Wenn sich dieser Verfall auch im deutschen Bauern endgültig vollendet, stehen wir in einer Katastrophe von unübersehbarer Ausmaß.

Denn nicht nur ein Reich zerfällt dann, sondern eine zweitausendjährige Erbmasse an hohen und höchsten Gütern menschlicher Kultur und Zivilisation.

Trohend fänden die Erscheinungen um uns den Vollzug dieses Zerfalls. In einem unerhörten Willens- und Gewaltaktum verläßt die kommunistische Methode des Wahnsinns das in seinem Innersten erschütterte und entwurzelte Volk endgültig zu vergiften und zu zerlegen, um es einer Zeit entgegenzutreiben, die sich zu den Versprechungen der kommunistischen Wortführer von heute noch schlimmer verhalten würde als die Zeit hinter uns zu den Versprechungen derselben Apokalypse im November 1918.

Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue, Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg, bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens, bleibt nichts verschont von dieser nur vermeintenden alles zerstörenden Idee. 14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten. Die heute reichsten und schönsten Kulturgebiete der Welt würden in ein Chaos und Trümmerfeld verwandelt. Selbst das Leid der letzten anderthalb Jahrzehnte könnte nicht verglichen werden mit dem Jammer eines Europas, in dessen Verfall die rote Fahne der Vernichtung aufgezogen würde. Die Tausende von Verlegten, die unzähligen Toten, die dieser innere Krieg schon heute Deutschland stört, mögen ein Weiterleiden sein der Warnung vor dem Sturm.

In diesen Stunden der übermächtig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation rief uns Männer nationaler Parteien und Verbände der große Führer des Weltkrieges auf, noch einmal wie einst an den Fronten, nunmehr in der Heimat in Einigkeit und Treue für des Reiches Rettung unter ihm zu kämpfen. Indem der ehrwürdige Herr Reichspräsident uns in diesem großherzigen Sinne die Hände zum gemeinsamen Bunde schloß, wollen wir als nationale Führer Gott, unserem Gewissen und unserem Volke geloben, die uns damit übertragene Mission als nationale Regierung entschlossen und beharrlich zu erfüllen.

Das Erbe, das wir übernehmen, ist ein fürchterliches. Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt, denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.

Regierung plant zwei Vierjahrespläne

So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und weltensmäßige Einheit unseres Volkes wiederherzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volkes- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewußtsein seiner vollen politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Gefahr vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Abwärtsentwicklung einen unarmberzigen Krieg ansagen. Deutschland darf und wird nicht in anarchischen Kommunismus verfallen.

Sie wird an Stelle turbulenter Institute wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben. Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Träger der Kraft und Stärke unserer Nation sind.

Die nationale Regierung will das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.

In 11 Jahren haben die Novemberparteien den deutschen Bauernstand ruiniert.

In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen.

Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und höchster Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit überwunden sein.

Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft. Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbunden die Aufgabe und Durchführung einer Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuerrechtlicher Hinsicht. Damit erst wird der Gedanke der föderativen Erhaltung des Reiches Sinn- und lebensvolle Wirklichkeit sein.

In den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienlichkeit und der Siedlungspolitik. Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenso die Sorge sein für die Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter. In der Sparbarkeit ihrer Verwaltung, der Förderung der Arbeit, der Erhaltung unseres Bauerntums sowie der Rückermachung der Initiative des Einzelnen liegt zugleich die beste Gewähr für das Vermeiden jedes Experimentes der Gefährdung unserer Währung.

Außenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedervereinigung der Freiheit unseres Volkes sehen. Indem sie entschlossen ist, den chaotischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten, wird sie mitwirken, in die Gemeinschaft der übrigen Nationen einen Staat gleichen Wertes und damit allerdings auch gleicher Rechte einzufügen.

Sie ist dabei erfüllt von der Größe der Pflicht, mit diesem freien gleichberechtigten Volk für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor. Möge auch das Verständnis all der anderen mitbelassen, daß dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ja der Welt, sich erfüllt.

So groß unsere Liebe zu unserem Heere als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit ist, so



negativen Ausgang dieser Abstimmung die Auflösung durch den Reichskommissar in Frage komme. Ein solcher Plan besteht nicht. In der weiteren Frage, ob sie dann durch Verordnung des Reichspräsidenten erfolge, wird im Augenblick noch nicht Stellung genommen. Soweit sich diese Fragestellung auf die staatsrechtliche Seite bezieht, wird allerdings die Überzeugung vertreten, daß die Auflösung durch Ratverordnung möglich ist.

Die Fragen des Zentrums an den Reichshauptkassier

Berlin, 1. Febr. (SdZ.) Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags hielt am Mittwoch vormittag eine Sitzung ab, die sich mit der Vorbereitung der Fraktionsfrage am Nachmittag beschäftigte. Eine Antwort der Regierung auf die vom Zentrum gestellten Fragen ist bisher nicht eingegangen. Die dem Reichshauptkassier Müller vorgelegten Fragen haben wie das Nachrichtenbüro des SdZ. erfährt, folgenden Wortlaut:

1. Die Zentrumspartei wünscht über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung genau unterrichtet zu sein.

2. Besonders wichtig wäre die Klärung folgender Einzelfragen:

a) Welche Sicherheiten können seitens der Regierung dafür gegeben werden, daß ihre Maßnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten?

b) Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben dafür, daß nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes verfassungswidrige Maßnahmen ergriffen werden?

c) Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen in Preußen zu verfolgen und in welcher Weise will sie diese Normalisierung durchführen?

d) Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse des bürgerlichen Berufsstandes, wie auch aus volks- und nationalpolitischen Gründen die Wiederaufnahme des umfassenden Verdienstwertes in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände durchzuführen?

e) Ist die Reichsregierung bereit, die größten sozialen Härten der Notverordnungen zu beseitigen und welche Einzelmaßnahmen zu geben dafür, daß nicht auf Grund des sogenannten Arbeitsnotstandes unterdrückt werden sollen?

f) Ist es richtig, daß das Arbeitsministerium abgebaut werden soll und wesentliche Teile seiner Zuständigkeit dem neuernannten Arbeitsminister unterstellt werden sollen?

g) Obdenkt die Regierung, das Koalitionsrecht im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten?

h) Wie steht die Reichsregierung zur Erhaltung der deutschen Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechtes?

i) Wie denkt die Reichsregierung einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?

k) Ist die Reichsregierung bereit, Sicherungen dafür zu schaffen, daß jede Form von Inflation unterbleibt und finanzpolitische Experimente, die von gewisser Seite privat propagiert wurden, wirksam abgewehrt werden?

Blutige Zusammenstöße in Homberg

w. Berlin, 1. Febr. Von zuständiger preussischer Stelle wird mitgeteilt: Vergangene Nacht sind in Homberg, Kreis Moers, Nationalsozialisten bei einer Kundgebung für die Reichsregierung von Kommunisten aus dem Hinterhalt beschossen worden. Im Verlauf dieser Vorgänge kam es heute vormittag zu erneuten Zusammenstößen, in deren Verlauf 2 Nationalsozialisten und 1 Landjäger getötet worden.

Der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, hat sofort strengste Untersuchung angeordnet und bis zur Klärung der Angelegenheit den Ortspolizeiwalter sowie sämtliche Landjäger, die auf Nationalsozialisten geschossen haben, vom Dienst suspendieren lassen.

Zu dem heutigen Zusammenstoß erfahren wir weiter: Die Kommunisten hatten die Absicht gehabt, heute einen Umzug zu veranstalten, der aber nicht stattfand. Da Nationalsozialisten von dem Vorhaben der Kommunisten Kenntnis erhalten hatten, sammelten sie sich in größerer Zahl an, um den Umzug zu verhindern. Hierbei kam es zu den Zusammenstößen zwischen den Nationalsozialisten und Landjägerbeamten.

Politische Schieberei in Wanne-Eickel

Wanne-Eickel, 1. Febr. Während eines Festzuges der NSDAP kam es Dienstag abend zu Störungsvorfällen von kommunistischer Seite. Polizeibeamte wurden aus einem Hause beschossen. Die Beamten machten darauf von der Schusswaffe Gebrauch. Fünf Personen erlitten Schussverletzungen. Vier Verwundete gehören der KPD an.

Der Kaiserwalzer

Ein Roman aus Oesterreich von G. Ras'ez.

Vertrieb: Romanverlag R. & S. Greiter, G. m. b. H., Kallth 54

„Ja, ich war immer nur ein Spielzeug, alle dünkten sich gut genug, um es zu nehmen! Ich habe gelebt, es ist schwer an meiner Seite gegangen, der sich mit dem Herzen um mich gekümmert hat. Ich habe gelitten, wenn einer nicht Vater und Mutter gekannt hat wie ich, wo sollte er nicht leiden! Mein Unglück waren die schönen Frauen. Ich habe sie satt! Ich weiß, daß sie alle nicht fähig sind zu einer Liebe! Und ich will keine Liebe mehr! Ich will einen Kameraden an meiner Seite! Nichts sonst! Und den Kameraden find' ich! Das Mädchen ist gut... und gottlob nicht schön!“

„Ich versteh' Sie schon, besser wie's denken. Aber... in der Rechnung da stimmt was net! Sie dürften doch net nur an sich selber denken! Das Mädchen, was betonen wollen, das ist doch auch ein Mensch mit einem Herz!“

„Was meinen Sie damit, Herr Graf?“

„Wenn's ihr heute auch gesagt haben, daß net die Liebe die Wahl bestimmt, daß einen Kameraden suchen, und das Mädchen hat „ja“ gesagt, glaubend, daß sie ein Mädchen mit einem Herzen damit in der Eh' gefriert wird? Sie wollen doch alle geliebt werden! Und wenn sie kommt und die Liebe fordert? Mühsens sich dann nicht sagen, daß S' das Mädchen darum bezogen haben?“

Alexander sah schweigend vor sich nieder.

Er kämpfte mit sich, dann hob er den Kopf und sagte frei: „Dann werde ich verlassen, meinen Kameraden zu lieben.“

Die Krisengewinne der Reichsbank

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter

Von den 659 an der Berliner Börse gehandelten Aktien sind 416 im letzten Geschäftsjahr dividendenlos geblieben. Nur 27 erbrachten eine Dividende von mehr als 10 Prozent. Zu diesen 27 gehörten die Reichsbankaktien, deren Inhaber auch in den Krisenjahren eine Dividende von 12 Prozent bezogen. Aber diese Dividende nimmt nur einen Teil der Reichsbankgewinne in Anspruch. Alljährlich muß sich die Reichsbankleistung darüber Sorgen machen, wie sie den übrigen Teil des erzielten Ueberschusses verwenden soll. Es sei daran erinnert, daß im vorigen Jahre die Vorkosten teilweise mit den Gewinnen der Reichsbank finanziert worden ist. Nicht weniger als 200 Millionen RM. konnte die Reichsbank aus nicht verteilten Gewinnen für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Ohne Zweifel wird auch bei der Aufstellung der neuen Jahresbilanz wieder ein erheblicher Reingewinn vorhanden sein, für den ein besonderer Verwendungszweck gesucht werden muß.

Man hat vielfach angenommen, daß der Rückgang des offiziellen Diskonts auch zu einer erheblichen Verminderung der Reichsbankgewinne führen werde. Bisher ist das aber nicht oder jedenfalls nicht in beträchtlichem Ausmaß geschehen. Rückfälle auf ihren Gold- und Devisenbestand sowie auf die ausländischen Stillhaltegläubiger haben die Reichsbank bisher verhindert, ihren Diskontsatz so hart zu senken, wie es im Interesse der Wirtschaft und der allgemeinen Zinsenkung notwendig gewesen wäre. Im Durchschnitt dürfte der Reichsbankdiskont im Jahre 1932 etwa 5 Prozent betragen haben, während er für das vorangegangene Jahr auf 6,9 Prozent berechnet worden war. In den ersten vier Monaten des Jahres 1932 lag der Diskont noch zwischen 5 1/2 und 7 Prozent, im Mai wurde er auf 5 Prozent, im Oktober auf 4 Prozent herabgesetzt. Aber eine weitere Ermäßigung wurde bisher aus den angegebenen Gründen nicht zugehört, so wünschenswert auch für die Wirtschaftsentwicklung eine erneute Zinsverbilligung gewesen wäre. Aber groß dürfte trotz des Abnehmens des Diskonts der Anfall der Reichsbank an Zinsinnahmen nicht gewesen sein, zumal während des größten Teils des verfloffenen Jahres ihr Wechselbestand noch erheblich größer war, als er es im Vorjahr gewesen ist. Erst in den letzten Monaten hat sich ihr Wechselportefeuille sehr stark vermindert. Im großen und ganzen wird also die Reichsbank diesmal wohl fast den gleichen Ertrag wie für 1931 ausweisen können. Allerdings dürfte sie auch Verluste erlitten haben, so insbesondere bei der Sanierung der östlichen Landwirtschaft. Aber es gilt trotzdem als sicher, daß nicht nur die zwölfprozentige Standard-Dividende der Reichsbank trotz der Diskontsenkungen aufrechterhalten, sondern auch darüber hinaus wieder ein beträchtlicher Sondergewinn für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden kann. Der Kurs der Reichsbankaktien ist gegenüber seinem Tiefstand um annähernd ein Drittel gestiegen, weil naturgemäß eine zwölfprozentige Dividende nach dem Abbau des allgemeinen Zinsniveaus einen erheblich höheren Kurs als früher rechtfertigt. Aber auch wenn die Reichsbank an ihre Anteilhaber wieder 12 Prozent Dividende ausschüttet, so erfordert das höchstens 18 Millionen RM. Ein gleich hoher Gewinnanteil dürfte an das Reich fallen. Ganz gewiß aber hat die Reichsbank beträchtlich mehr als 36 Millionen RM. Reingewinn erzielt. Sie wird nach zuverlässigen Schätzungen mindestens noch weitere 60 bis 70 Millionen RM. zu Rückstellungen zur Verfügung haben. Was soll aus diesen überschüssigen Reichsbankvermögen geschehen?

Es kann eigentlich heute nur einen einzigen Verwendungszweck für Reichsbankgewinne geben, nämlich die Arbeitsbeschaffung. Mit einer Fortsetzung der Defensurierungspolitik

der Reichsbank ist niemandem geholfen. In Zeiten der Hochkonjunktur mag eine solche Ansammlung von Rücklagen angebracht sein. In der Depression müssen alle verfügbaren Mittel für die Aufrechterhaltung der Produktion herangezogen werden. Man wird vielleicht sagen, daß die Reichsbank zum Zwecke des 500 Millionen-Programms Dr. Gericke ihre Reserven schon in erheblichem Maße in Anspruch genommen habe, und daß diese daher nun wieder aufgefüllt werden müßten. Für eine solche ausschließlich von finanziellen Rücksichten diktierte Reichsbankpolitik ist die heutige Lage des deutschen Arbeitsmarktes zu ernst. Es würde vielmehr zur Steigerung der Beliebtheit der Reichsbank (die sie sehr nötig hat) wesentlich beitragen, wenn sie neben ihren bisherigen Leistungen weitere 40 bis 50 Millionen RM. an den Uebergewinnen des Jahres 1932 für zusätzliche Arbeitsbeschaffungsarbeiten zur Verfügung stellen würde. Nur in diesem Falle ließe sich eine abermalige Ausschüttung von 18 Millionen RM. zwecks Aufrechterhaltung der zwölfprozentigen Dividende an die Anteilhaber rechtfertigen. Denn die Gewinne der Reichsbank sind der allgemeinen Wirtschaft in Gestalt hoher Wechselkurse entzogen worden. Sie sollten daher in erster Linie wieder zur Förderung der notleidenden Wirtschaft verwendet werden.

Der neue Reichsarbeitsminister übernimmt die Geschäfte

Berlin, 31. Jan. Reichsarbeitsminister Dr. Brüning übergab heute die Geschäfte seinem Nachfolger Reichsarbeitsminister Seldte. Er wünschte seinem Nachfolger eine glückliche und erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle von Nation, Staat und Volk. — Staatssekretär Dr. Griebler begrüßte namens der Beamten-, Angestellten- und Arbeitererschaft des Ministeriums den neuen Reichsarbeitsminister. Er führte aus, daß diesem eine Beamtenerschaft zur Verfügung stehe, die, seiner Partei dienlich, nur das Wohl des Ganzen kenne.

Reichsarbeitsminister Seldte dankte für die Begrüßungsworte und führte aus, daß er völlig angebahnt sein neues Amt übernehme. Sein Wahlspruch für seine Amtsführung sei der altpreussische Grundsatz: „Ich dien“. In seinem Amte gälten seine Hauptfragen der Arbeitnehmerschaft, den Arbeitlosen und der Jugend. Deshalb werde in Zukunft das Reichsarbeitsministerium von allen Aufgaben entlastet werden, die ihrem Wesen nach mehr zum Reichswirtschaftsministerium gehörten. Das Reichsministerium werde demnach über die organisatorischen Änderungen entscheiden.

Handschreiben Hindenburgs an Schleicher

w. Berlin, 31. Jan. Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler von Schleicher folgendes Handschreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!“

Ihrem Antrage um Entbindung von den Ämtern als Reichskanzler und als Reichswehrminister habe ich durch den Ihnen inzwischen zugegangenen Erlaß entsprochen. Für die von Ihnen in langen schicksalsschweren Jahren in Krieg und Frieden dem Vaterlande geleisteten Dienste, insbesondere für Ihre Arbeit als Reichswehrminister und Reichskanzler spreche ich Ihnen im Namen des Reiches wie eigenen Namens meinen aufrichtigen Dank aus. Ihres erfolgreichen Wirkens für den Aufbau der neuen deutschen Wehrmacht werde ich stets mit besonderer Anerkennung gedenken.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und mit kameradschaftlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener (gez.) von Hindenburg.“

Planmäßige Plünderungen in Kiel

w. Kiel, 1. Febr. Wie der Polizeibericht mitteilt, sind bei den Unruhen am Dienstag abend nach Auflösung eines Demonstrationen einzelner Truppen von Kommunisten in Badereien und Fleischerreien eingedrungen und haben Lebensmittel und Geld gestohlen. Die Ausschreitungen lassen, dem Polizeibericht zufolge, erkennen, daß die Täter nach einem festen Plan gearbeitet haben.

Todesopfer bei einem politischen Zusammenstoß in Lübeck

Lübeck, 1. Febr. Nach Beendigung des am Dienstag abend von der Lübecker SA und dem Stahlhelm veranstalteten Festzuges kam es gegen 3 Uhr morgens zu einem Zusammenstoß zwischen Gruppen von heimkehrenden Nationalsozialisten und politischen Gegnern. Ein Nationalsozialist wurde von einem sozialdemokratischen Arbeiter durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. Der Täter wurde festgenommen.

Kommunistische Umzüge in Berlin verboten

Berlin, 1. Febr. (Eig. Meld.) Der Polizeipräsident hat wegen der Aufforderung von kommunistischer Seite und der dadurch hervorgerufenen unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit bis auf weiteres alle Umzüge und Demonstrationen unter freiem Himmel der KPD, und der ihr angeschlossenen Hilfs- und Nebenorganisationen im Stadtbezirk Berlin verboten.

Verbot aller öffentlichen Versammlungen der KPD im oberschlesischen Industriebezirk

Gleiwitz, 1. Febr. Mit Rücksicht auf die von der kommunistischen Partei in den letzten Tagen betriebene Hege zum Massenstreik und die dadurch hervorgerufene unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit hat der Polizeipräsident für den Umfang des Polizeibezirks Gleiwitz alle öffentlichen Versammlungen und Umzüge der kommunistischen Partei und ihrer verwandten Organisationen mit sofortiger Wirkung verboten. Ein gleiches Verbot ist in Rybnik erfolgt.

Graf Matosch sprach noch lange mit ihm, aber Alexander blieb unempfindlich.

Als ihn Alexander verlassen hatte, sah er müde und verfallen aus. Es war ihm zumute, als habe er eben viel, unersehliches verloren. Er hatte den Alexander längst lieb gewonnen wie einen Jungen und hatte sich gefreut, daß er mit der Tochter an den Altar trete.

Und jetzt war alles aus.

Als Tessa in das Zimmer trat, da erkannte er an ihrem Gesicht, daß sie alles mitangehört hatte.

„Ruh' ist, Tessa!“ sagte er traurig.

„Er darf net heiraten ohne Liebe!“ entgegnete Tessa stolz, und ihre Augen leuchteten. „Ich will nach Wien schreiben!“

„An wen, Kinder?“

„An den Freund unseres Hauses, den Erzherzog Johann! Er soll den Kaiser bitten, daß er die Verbindung verbietet!“

Der alte Mann sah nachdenklich vor sich hin.

„Kind, ich weiß net, ob's ihm einer verbieten kann! Jeder hat seine Freiheit!“

„Ich will's versuchen, Papa! Ich muß es tun!“ sagte sie fest.

Bepi war eben beim Audelmachen, als Alexander kam.

„Morgen, Bepi!“

„Morgen, Alexander! Wo, schaust immer noch so bitter aus?“

Alexander lächelte und setzte sich neben den Freund.

„Wird vielleicht jetzt besser werden, Bepi! In vierzehn Tagen herat' ich!“

„Da erzählte ihm Alexander wie es zugegangen war. Bepi schüttelte den Kopf und sagte erdost: „Du bist d'ruck!“

Alexander lächelte nur.

„Ich will zur Ruh' kommen, Freund! D'rum tu ich!“

„Was sagt denn der Graf dazu?“

„Er ist net damit einverstanden, aber was kann er sagen? Ruh' ist schon genehmigt. Meinst Du net, Bepi, wir könnten Doppelhochzeit machen?“

„Do strahlte der Bepi über das ganze Gesicht.“

„Des erste vernünftige Wort ist des, was Du heut' redst! Freilich ich werd' mit dem Grafen reden! Aber sag, Freundel, hast denn die Kathrin lieb?“

„Ich will sie lieb haben, wenn sie gut zu mir ist!“ sprach Alexander ernst.

„Ist sie hübsch?“

„Rein, gottlob nicht!“

Bepi zweifelte an des Freundes Verstand.

„Net hübsch? Aber des daß doch net zu Dir! Man muß sich doch eine hübsche Frau anschauen!“

Alexander antwortete bitter: „Schön, wie die Gali, wie die Madeleine... wie die... ach laß... laß nicht mehr dran denken! Schluß mit der alten Zeit!“

Bepi schüttelte wieder den Kopf.

„Weißt... recht ist mir net, aber ich kanns Dr' ja net verbieten! Und mit dem Herrn Grafen red' ich heutel!“

Die Meldung, daß Alexander in 14 Tagen zu heiraten gedente, lief durch Schloß und Gut und wirkte sensationell. Ein ganz armes Mädchen soll's sein! so erzählte man sich. „Und gornet hübsch!“

Sie begriffen es nicht.

Fortsetzung folgt

Aus Stadt und Land

Neuenbürg. Sitzung des Gemeinderats am 31. Januar. In nichtöffentlicher Sitzung der Ortsförderungsbehörde wurden zunächst eine Anzahl Härtefälle behandelt sowie Einnahme- und Ausgabe-Anmeldungen vorgenommen.

Dem Gemeinderat wurde die Zuschrift des Arbeitsamts Forzheim betr. Kostwert der deutschen Jugend zur Kenntnis gebracht. Der Gemeinderat ist grundsätzlich bereit, die Sache zu unterstützen und bewilligt 20 Bfg. pro Kopf und Tag bis 31. März 1933. Soweit diese Arbeitslose einem Arbeitsdienstlager einer Bezirksgemeinde angehören, werden dieser Gemeinde die Beträge erstet, welche von der auswärtigen Gemeinde aufgewendet werden. An Sachleistungen wird der Zeidenaal im Schulhaus für Gewerbeschulunterricht insoweit zur Verfügung gestellt, als er für die Zwecke des Kostwerts freigegeben werden kann. Bedauerlicherweise ist die Meldung junger Arbeitsloser von hier zur Teilnahme an dem Kostwert äußerst gering.

Eine Anzahl Rechnungen sahen ihre Erledigung, auch wurde dem Gemeinderat Kenntnis gegeben von dem Ergebnis eines unermittelten Kassenkurzes mit Nachrechnung bei der Stadtkasse am 28. Dezember v. J.

Der Vorsitzende erstattet Bericht über die Versammlung des Reichskäthebundes in Stuttgart am 29. Januar ds. J. Im Anschluß daran wird die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht für die Stadt empfehlen würde, zum Zweck der Arbeitsbeschaffung den Einzug in der Stadt vom Ausbau des Waldbauerischen Unterkanals an bis zum Brunnentrog zu verbessern und das Stadtbauamt wurde beauftragt, diese Sache planmäßig zu bearbeiten, um nach Vorliegen der Unterlagen darüber beraten zu können, ob und auf welchem Weg der Plan durchgeführt werden könnte.

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt, wurde die Sitzung um 10 Uhr geschlossen. K.

Wetterbericht. Aus Norden bringt leicht Hochdruck vor. Für Freitag und Samstag ist vielfach bedecktes, unbedeutendes Wetter zu erwarten.

Wirtenfeld, 1. Febr. (Gemeinderatsitzung.) Ein Dringlichkeitsantrag des Erwerbslosenausschusses, die Holzszuteilung durch die Gemeinde ohne Gegenleistung von Arbeit vorzunehmen, wird vom Gemeinderat abgelehnt. Die für 1 Meter Holz angelegten 8 Arbeitsstunden gleich 1 Tag Arbeit bei der Gemeinde kann nicht als hoch und ungerechtfertigt bezeichnet werden. Auch haben viele Erwerbslose zum Ausdruck gebracht, daß sie für das zugewiesene Holz Arbeit leisten wollen, um nicht das Holz als Geschenk von der Gemeinde annehmen zu müssen. Die Gemeinde hat für das Machen und Aufbereiten des Holzes mindestens so viel Arbeitsstunden bezahlen müssen als dafür als Gegenleistung verlangt werde. Nachdem Förster Schmann am 1. April 1933 von hier weggeht, um seine neue Arbeitsstelle in Groß-Ursach, O. A. Wadnang, anzutreten, wird der künftige Waldschiene einschließlich des Arbeiten eines Waldmeisters dem Karl Becker, Herrenalberstraße hier, übertragen. Es waren dafür 32 Bewerbungen eingegangen. — Der Vorsitzende teilt dem Gemeinderat mit, daß laut telefonischer Mitteilung des Arbeitsamts Forzheim der freiwillige Arbeitsdienst Andrucks, solange die Witterung eine ernsthafte Arbeit ermöglicht, durchgeführt werden soll. Bei den Arbeitsdienstwilligen hat diese Mitteilung große Freude ausgelöst und auch der Gemeinderat begrüßt die Fortführung der angefangenen Arbeit, die eine Unterbrechung nur im äußersten Notfall rechtfertigen läßt. Weniger begrüßt wird von den Arbeitsdienstwilligen und vom Gemeinderat, daß der Leiter unseres Arbeitsdienstes, Herr Dipl.-Ing. Sartorius, schon diesen Samstag von unserer Gemeinde Abschied nehmen will, um wieder in seinem eigentlichen Beruf unterzukommen. — Die flehliche Obstbaumzählung hat ergeben, daß wir auf unserer Wirtenfelder Markung 27 416 Obstbäume haben, darunter 21 305 ertragsfähige und 6021 junge noch nicht ertragsfähige Bäume. Im einzelnen sind zu nennen: ertragsfähige Bäume bei Tafeläpfeln 1950, bei Mostäpfeln 5870, bei Tafelbirnen 1675, bei Mostbirnen 4410, bei Zwetschen 5333, bei Süßbirnen 1051, bei Sauerkirschen 31, Mirabellen 554, bei Pfirsichen 275, bei Balanüssen 296. — Für den Omnibusverkehr der Reichspost auf der Linie Forzheim—Gräfenhausen wird von der Gemeinde wie früher eine Garantiesumme bis zu höchstens 100 RM. jährlich bei einem Verlustbetrieb der Linie zugesichert. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde noch eine größere Anzahl Unterhaltungs- und sonstige Gesuche erledigt. Mit besonderem Ernst wird die Mitteilung des Vorsitzenden entgegengenommen, nach der von dem Bezirkswohlfahrtsverein Neuenbürg die Gemeinde mit einer Lebensmittellieferung beauftragt worden ist.

Schönbühl, 1. Febr. Vergangene Woche sprach hier im vollbesetzten Saale der evang. Kirche Herr R. B. B. Stuttgart im Auftrag des Evang. Volksbundes über das Thema: „Was verlangt die Kirche von uns im Kampfe der Gegenwart?“. Durch diesen Vortrag ist vielen klar geworden, wie nötig wir den Evangelischen Volksbund brauchen als Organ und Zentralstelle der Abwehr gegen die Anfechtungen der katholischen Kirche, der vielen Seiten und neuerdings auch gegen die Anfechtungen des sogenannten Tannenbergbundes, vor allem aber im Kampfe gegen das planmäßige Vorgehen der Moskauer Gottesloswerbung, die mit ihrem Eigenfeldzug die Existenz der Kirche bedroht. Welche Anfechtungen man im katholischen Lager macht, um in Deutschland an Boden zu gewinnen, zeigte der Redner an einigen Zahlen. So ist die Zahl der katholischen Geistlichen von 1919—1928 von 15 531 Geistlichen mit 10 730 freischändigen Pfarreien auf 16 576 Geistliche mit 11 318 Pfarreien gestiegen. Noch stärker haben sich die Ordensniederlassungen vermehrt. Waren es 1920 insgesamt 9069 Niederlassungen mit 71 477 Ordensmitgliedern in Deutschland, so zählt man im Jahre 1927 7185 Niederlassungen mit 88 570 Mitgliedern. Und das alles bei einem Rückgang der katholischen Bevölkerung in verdringenden Teilen des Reiches. Dabei ist zu beachten, daß auch in rein evangelischen Gegenden, wie auch in solchen, wo der katholische Teil des Bevölkerungsanteiles weniger als 10 Prozent ausmacht, die Ordensarbeit beträftigt in Angriff genommen wurde. Wichtig ist endlich, daß die katholische Kirche das Siedlungsgebiet ganz bewußt in den Dienst des Missionsgedankens gestellt hat. Kleine Ordensniederlassungen werden vorgeschoben, um sie herum sollen sich katholische Ortschaften und Siedlungen bilden. Weit gefährlicher als man gemeinhin annimmt, ist und wird der evangelischen Kirche noch der sogenannte Tannenbergbund, der auch in Württemberg da und dort schon seine Sendboten auftreten läßt und eine ausgeprochen widerschriftliche Haltung einnimmt. Es muß demgemäß von evangelischer Seite vor Ludenthorff und seinen Anhängern recht ernstlich gewarnt werden. Weit am meisten auf dem Plan sein muß die Kirche gegen die Sturmflut der Gottesloswerbung, die überall, vor allem aber in den großen Städten, durch Agitation, Propaganda und Terror ihr Ziel zu erreichen sucht. In allen Organisationen, auch den christlichen, wird systematische Wühl- und Zerlegungsarbeit getrieben. Die Unzufriedenheit und der Mißmut sollen bis zur Liebesleid gesteigert werden. Die russischen Zustände werden als Ideal gepriesen; eine Klasse und Gemeinshaft, keine Kirche, keine Ehe und Familie mehr. Das Ziel ist zunächst die Bildung einer Einheitsfront gegen alles Christliche, mehr noch gegen Gott selbst. Steht dieser Front eine christliche gegenüber? Man könnte es bezweifeln. Wie viel Zerplitterung und Uneinigkeit in unseren Reihen, wie viele Angriffsstellen für die Agitation der Gottesloswerbung! Wie viele Angriffsstellen für die Agitation der Gottesloswerbung!

Handel und Wandel, Ehe und Familie. Das lässliche harmlose Christentum, das keine Begeisterung und keinen Eifergeist kennt und weden kann, wird in den gewaltigen Geistesstürmen gänzlich verfallen. Die größte Durchschlagskraft, der Einsatz des ganzen Person und einer lebendigen Gemeinde entscheiden hier allein. Am Schluß dankte Herr R. B. B. namens der anwesenden Gemeindeglieder dem Redner für seinen inhaltsreichen Vortrag. —ck.

Der Februar im Bauernwort

Den Februar beobachtet der Landmann besonders schärf, weil nach alter Erfahrung im Februar das Wetter von gesteigerter Einwirkung einmal auf den weiteren Witterungsverlauf, dann aber auch von mancherlei Bedeutung für das Urteiljahr ist. Es gibt für den Februar eine Reihe von Bauernregeln, die das Wetter in diesem Monat mit den Hoffnungen und Erwartungen für die kommenden Vorfrühlingsmonate in Verbindung setzen. Nach dem Wunsch des Landmanns soll der Februar ein kraftvoller Wintermonat sein. Bereits dem Wetter am Lichtmessfest wird vom Landmann große Bedeutung beigemessen, denn: „Schneit die Sonne an Lichtmess hell, kommt noch viel Schnee zur Stroh.“ Hören wir uns einmal die Auslese weiterer Bauernregeln an: Viel Regen im Februar, viel Regen im ganzen Jahr. — An Romanns hell und klar, bringt ein gutes Jahr. — Ist's Martians kalt, hat die Kälte halt. — Wenn im Hornung die Mäden schwärmen, muß man im März die Ohren wärmen. — Februar baut manche Brüd', März bricht ihnen das Genid. — Sammeln die Krähen sich noch, bleibt uns des Winters Joch, wenn sie vom Felde verschwinden, wärmere Tage sie finden. — Wenn es zu Lichtmess kühlt und tobt, der Bauer sich das Wetter lobt. — Dem Februar ist nicht immer zu trauen; er bringt manchmal noch richtige Schnee- und Wintertage. Darauf weisen folgende Bauernregeln hin: St. Dorothee, gibt den meisten Schnee. — Wenn's an Maria Lichtmess nur soviel schneit, daß man's auf einem schwarzen Eseln sieht, so wird's bald Sommer; ist's hell und klar, so dauert der Winter noch lange. — Die Nacht vor Petri Strohfeuer zeigt an, was wir 40 Tage für ein Wetter han. — Allgemeine Bauernregeln sind: Wenn die Hasen lustig springen, hoch in Läften werden ihnen, wird's uns froh und Kälte bringen. — Wenn die Kabe im Februar in der Sonne liegt, im März sie wieder hinter den Heu kriecht. — Wenn's der Hornung gnädig macht, bringt der Febr den Frost bei Nacht. — Wenn im Hornung die Mäden geigen, müssen sie im März sich schweigen. — Wenn Nordwind im Februar nicht will, so kommt er sicher im April.

Württemberg

Fleishhausen, O. A. Nagold. (Brand.) Das Wohnhaus mit Scheuer des früheren Müllers Friedrich Weß (Kohlpfaffe) ist Mittwoch früh 5 Uhr niedergebrannt. Der Brand soll in den oberen Räumllichkeiten der Scheuer ausgebrochen sein.

Freudenstadt. (Demonstrationen.) Am Dienstagabend veranstalteten die Kommunisten eine Versammlung auf dem Marktplatz und im Anschluß daran einen Demonstrationzug, wobei es wiederholt zu gegenseitigen Zwischenfällen kam. Polizei und Landjäger schritten ein und trennten die Parteien. In der Nacht der „Kole“ mußte etwas schärfer gegen einige Demonstranten vorgegangen werden. Es wurden vier Verhaftungen vorgenommen.

Dornkotten, O. A. Freudenstadt. (Bürgermeister Wähler wieder gewählt.) Die am Samstag stattgefundene Bürgermeistereiwahl war eine glänzende machtvolle Vertrauenshandlung für den selbstigen Bürgermeister Wähler. Von 680 gültigen Stimmen wurden 644 für ihn abgegeben, das sind 97,8 Prozent. Bürgermeister Wähler tritt nun in seine dritte Amtsperiode.

Baltingen a. E. (Der neue Landrat.) Der Staatspräsident hat den Regierungsrat Dr. Storz im Innenministerium zum Oberamtsvorstand in Baltingen in der Dienststellung eines Landrats der Bevölkerungsgruppe 4a ernannt.

Stuttgart. (Verbot der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“.) Das Innenministerium hat die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ wegen Ausführungen hochverräterischen Inhalts als 3 Tage verboten.

Stuttgart. (Herabsetzung der Schlachtsteuer.) Bauernbund und Bürgerpartei haben im Landtag folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: Die bayerische Regierung hat eine Milderung der Schlachtsteuer einleiten lassen, so daß der Schlachtsteuerzins in Bayern nunmehr unter allen deutschen Ländern liegt. Ist die Staatsregierung bereit, solange die Schlachtsteuer aufrecht erhalten wird, die württ. Schlachtsteuererträge ebenfalls zu ermäßigen?

Stuttgart. (Um das 8. Schuljahr.) Von zehnjähriger Seite wird mitgeteilt: Auf die Klage der württ. Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei gegen das Land Württemberg wegen angeblicher Verfassungsverletzung des 8. Schuljahres betr. Art. 1 der 5. württ. Verfassung vom 24. Sept. 1932 hat das Staatsministerium beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eine eingehende Gegenerklärung eingereicht. In ihr ist dargelegt, daß die Maßnahme nicht verfassungswidrig ist und sich durchaus im Rahmen der Ermächtigungen hält, die der Landesregierung durch die Reichs-Verordnungen erteilt sind. Das Staatsministerium hat daher beantragt, die Klage als unbegründet abzuweisen.

Stuttgart. (Werden die großen Sägewerke beim Rundholzeinkauf bevorzugt?) Die Abg. Murr und Schür (Nat.-Soz.) haben im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Wir uns aus Kreisen der Sägewerksindustrie Württembergs mitgeteilt wird, soll sich in Stuttgart eine württ. Holzaußerungsgenossenschaft gegründet haben, der aber nur ein kleiner Teil der württ. Sägewerke, und zwar die größeren, angehören. Dieser Genossenschaft soll von der Forstdirektion und dem Finanzministerium in Aussicht gestellt worden sein, daß sie im Rundholzeinkauf besondere Berücksichtigung erfahre, daß sie insbesondere Rundholz zu verbilligten Sätzen abgeben werde und daß ihr von den Behörden ein Zuschuß zu ihren Unkosten gewährt werde. Dies bedeutet eine ungerechtfertigte Bevorzugung der größeren Werke zu Ungunsten der kleineren, wie überhaupt all der Werke, die dieser Genossenschaft nicht angehören. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um das Unrecht, das damit all den den Genossenschaft nicht angehörenden Werken angetan wird, zu verhindern?

Stuttgart. (Vom Schwab. Alboverein.) Der Schwab. Alboverein veranstaltete am letzten Sonntag unter Vorh. von Prof. Dr. Hägele hier seine Frühjahrsstimmung. Nach dem Bericht des Vorsitzenden hat der Verein die Schwierigkeiten des vergangenen Jahres gut überwunden. 2400 Ausrichter und sonstigen Abgängen stehen bereits 700 Neuanmeldungen gegenüber. Bedauerlich ist, daß einzelne Gemeinden und Amtskörperschaften aus dem Verein ausgeschieden sind. 258 Mitglieder wurden für 40jährige und 591 Mitglieder für 25jährige Mitgliedschaft geehrt. Dem Vorschlag, der an Einnahmen 105 200 fl. B. 107 700 RM. vorliegt, wurde zugestimmt. Auch im laufenden Jahre soll wieder eine Karte als Vereinsgabe zur Verteilung kommen.

Ehlingen. (Staustufe Ober Ehlingen undicht.) Seit Samstag wird bemerkt, daß die Kanalarbeite der Staustufe Ober Ehlingen nicht mehr ganz dicht sind. Namentlich auf der nördlichen, dem Redner zugewandten Seite zeigen sich deutlich Spuren von durchgedrungenem Wasser. Im Zusammenhang damit wird auf der Nordseite des Kanals ein Ansteigen des Grundwassers in den Röhren der Stadtansiedlung beobachtet. Dem Ernst der Lage entsprechend bestand sich bereits ein Ausfluß des Hochwasserstands an Ort und Stelle, der zusammen mit den städtischen Behörden die Staustufe eingehend beobachtet.

Wingeta, O. A. Oberndorf. (Ein Sägewerk abgebrannt.) Nachts gegen 1 Uhr brannte das Sägewerk des Wilhelm Gluck vollständig ab. Da diese Anlage auf der Parzelle „Untere Mühle“ liegt, so wurde der Brand zuerst von der Finowert Einwohnerwehr entdeckt, die auch rascher als die Escharditen heranzügte. Der Beschädigte ist versichert. Seit dem letzten Brand hat es 11 Monate her.

Kottenburg. (Trichinen.) Ein hiesiger Jagdpächter übergab am letzten Sonntag dem Fleischbeschauer einen erlegten Fuchs zur Vornahme der Trichinenschau. Die herausgeschalteten Beiparate ergaben das Vorhandensein von Trichinen. Das Fleisch des Tieres wurde deshalb verbrannt.

Kottenburg. (Im Eis eingebrochen.) Gestern nachmittag wurde die Nachbarschaft beim Schlachthaus durch Hülfskräfte zweier Büben im Alter von etwa sieben Jahren namens Bollmer und Rohr, die sich trotz dem Tauwetter auf dem Eise beim Kanal belustigten, aufmerksam. Die beiden Jagdhühner, noch mit dem Schutranzen ausgerüstet, fanden bis zum Halbe im Wasser. Der eine schied durch mehrmaliges Untertanzen bereits verloren. Seinen Schutranzen und seine Mütze mußte er zurücklassen. Durch sofortiges Herbeiziehen von Hilfsarbeiter Wilhelm Saile und Otto Heberle gelang es, mit Leitern die dem Tode fast Verfallenen zu retten.

Um das Nachtbadverbot

Die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Wäber und Genossen betr. die Nachtarbeit in Bädereien, hat das Wirtschaftsministerium wie folgt beantwortet:

Nach § 3 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bädereien und Konditorien vom 23. Januar 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1329) müssen die Arbeiten in allen gewerblichen Bädereien und Konditorien an den Werktagen mindestens von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens vollständig ruhen.

Das Polizeipräsidium Stuttgart und die Oberämter können nach § 5 a. a. O. auf Antrag widerruflich eine Verschiebung der Lage der achtstündigen Betriebsruhe um höchstens eine Stunde genehmigen. Von dieser Ermächtigung ist in Württemberg in allen Bezirken Gebrauch gemacht worden. Trotz mehrfacher Anträge der fabrikmäßigen Großbädereien hat sich die Reichsregierung zu einer Änderung des bestehenden Rechts nicht entschlossen. Dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer des handwerksmäßigen Bäderei- und Konditoriengewerbes im allgemeinen und der württembergische Bädereiverbandsverband im besonderen widersprechen einer solchen Änderung mit großem Nachdruck, da sie in ihr ausschließlich eine Bevorteilung der fabrikmäßigen Großbädereien und einen Nachteil für die kleineren und mittleren Bädereien erblicken. Ein Antrag Württembergs an die Reichsregierung auf grundsätzliche Änderung der Bestimmungen über das Nachtbadverbot wäre aussichtslos und würde dem Interesse des württembergischen handwerksmäßigen Bädereigewerbes zuwiderlaufen. Eine Lockerung des Verbots kann lediglich für ausgeprochene größere Kurorte in Erwägung gezogen werden.

Ministerium des Innern verneint die Streupflicht der Gemeinden

Stuttgart, 31. Jan. Neben anderen württ. Automobilklubs hatte auch der Nationale Deutsche Automobilklub, Geschäftssitz in Württemberg-Baden, eine Eingabe an das württ. Ministerium des Innern gerichtet wegen der Verkehrsüberführung der Straßen für den Kraftfahrverkehr, besonders hinsichtlich der Streupflicht der Gemeinden. Das Ministerium antwortete u. a. darauf, daß die dem Innenministerium im Staatshaushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel für die laufende Unterhaltung der Staatsstraßen in dem ermittelten Umfang nicht ausreichen. Die Bekämpfung der Staatsstraßen bei Frostbildung und Glatteis wäre die Übernahme einer neuen Aufgabe, wofür Mittel überhaupt nicht zur Verfügung stehen und auch aus den Mitteln für die Unterhaltung der Staatsstraßen nicht geschöpft werden können, da die Unterhaltung auf alle Fälle vorgeht. Nach den obwaltenden Umständen lassen sich die Gefahren, denen der Kraftfahrverkehr im Winter durch Nebel, Frost, Glatteis und Schnee ausgesetzt ist, durch behördliche Maßnahmen zurzeit nicht beseitigen, die Beteiligten werden mit dieser Sachlage zu rechnen, beim Fahren größte Vorsicht anzuwenden, die Geschwindigkeit stark herabzusetzen, das Ladegewicht zu ermäßigen, das Fahren auf das notwendigste einzuschränken und nach Umständen zeitweise einzustellen haben. Die Rechtsfrage betrachtet das Innenministerium für Württemberg als geklärt. Für die Annahme einer rechtlichen Verpflichtung des Staats oder der Beamten, die Bekämpfung der Staatsstraßen zu übernehmen, fehlt es an jedem Anhaltspunkt.

Schwere politische Unruhen

Gewalttames Eindringen in die Fabrikbetriebe zur Erzwingung des Generalstreiks — Zahlreiche Verhaftungen

Wödingen, O. A. Kottenburg, 1. Febr. In der Weberei Bania fand am kommunistischen Treiben unter der Belegschaft zwischen 12 und 1 Uhr mittags eine Abstimmung für oder gegen den Generalstreik statt mit dem Ergebnis, daß eine Mehrheit für den Streik eintrat. Das war das Signal zum Weiterhandeln. Etwa 800—1000 Personen (auch von Weilen und Rehren) zogen zur Mech. Tricotfabrik Wex, um auch dort den allgemeinen Streik zu veranlassen. Die dortige Belegschaft wollte aber nicht mitmachen, und der Demonstrationzug baute sich deshalb gewalttätig in die Fabrikräume, um die Arbeitsniederlegung mit robuscher Gewalt zu erzwingen. Dies dauerte etwa zwei Stunden. Es entstand im Fabrikhof eine üble Konfusion zwischen Demonstranten und Belegschaft, und es muß als ein Glück bezeichnet werden, daß niemand ernsthafte Verletzungen davongetragen hat. Die Tochter des Fabrikanten, die als Mitinhaberin im Betriebe tätig ist, wurde ebenfalls angegriffen, dabei erlitt sie einige Verletzungen. Der Fabrikherr selbst wurde in der unflätigen Weise bedroht und beschimpft. Auch einige Werkführer wurden leicht verletzt. Erst nachdem es der Übermacht gelungen war, die Arbeiter einzeln aus dem Saal zu befreien, verließen die Demonstranten das nun vollständig geleerte Haus. Dann ging der Zug zu der Weberei der Fa. Gebr. Burtzhardt, wo man inzwischen Türen und Tore geschlossen hatte. Die Demonstranten holten sich Meißel und sonstige Handwerkzeuge und brachen die Türen auf. Inzwischen kam auf telefonisches Ansfordern eine halbe Hundertschaft Schupoleute von Reutlingen mit Lastwagen angefahren, die den Demonstrationenzug rasch auflösen konnte und verschiedene Verhaftungen vornahm. Abends traf dann noch die politische Polizei von Stuttgart ein, die an die Untersuchung der schweren Vorfälle ging und weitere Verhaftungen vornahm. Während der ganzen Nacht streiften Polizeipatrouillen durch den Ort. Die Führer der Aktion haben sich des Landfriedensbruchs schuldig gemacht. Die Arbeit ist heute früh in sämtlichen Betrieben ohne Störung wieder aufgenommen worden.

Baden

Sackelzug mit politischen Zusammenstößen

Zwölf Verletzte

SCB, Forzheim, 1. Febr. Die Nationalsozialisten und der Stahlhelm veranstalteten, wie schon berichtet, gestern abend gemeinsam einen Sackelzug, an dem etwa 1000 Uniformierte sowie eine nationalsozialistische Kapelle und die Stahlhelmkapelle teilnahmen. An der Ecke Holgartens- und Hermannstraße gab es den ersten Zwischenfall, der zugleich ziemlich ernst war. Als der Zug dort anlangte, hellten sich etwa 20—40 Kommunisten auf die Straßbreite, sie riefen „Nieder mit Hitler, Loden und Dugener!“ Es kam zu einem Zusammenstoß und Handgemenge. Hierbei kwerten die ersten Reihen

des Juges die Dolgarterstraße nach östlicher Richtung ab, sodas die Schlägerei zwischen Jungteilnehmern und den sich ihnen Entgegenstellenden auf eine begrenzte Zahl von Streitenden beschränkt blieb. Später stellte sich heraus, daß verschiedene Personen verletzt worden waren, teils durch Hieb- teils durch Stichwaffen. Auch eine Schußverletzung wurde festgestellt. Nach wenigen Minuten setzte der Zug seinen Weg fort. Die nationalsozialistische SA verließ den Ort des Zwischenfalls mit einer zerrissenen Fahne. An der Spitze führte die SA einen verletzten Kameraden, bis der Zug das Krankenhaus erreichte, wo der Verletzte wie auch mehrere andere Personen eingeliefert wurden. An der Ecke der Bildstraße, gegenüber der katholischen Kirche, wurde der Zug wiederum mit Niederrufen empfangen. Die Jungteilnehmer, die inzwischen etwas nervös geworden waren, brachen nach der Seite aus und drängten die Zücker — meist junge Kommunisten — in eine Seitenstraße ab. Zuletzt gab es auf dem Turnplatz noch eine kleine Schlägerei, wo ein Kommunist Probebrüche geschrien hatte. Er wurde von Nationalsozialisten mit dem Schlagriemen bearbeitet. Daß der Zusammenstoß in der Altstadt keineswegs harmloser Natur war, beweisen die zwölf Verletzten, die von dort ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Letzte Nachrichten

Eugenfelden (Niederbayer). 1. Febr. Im benachbarten Moosshon stand am Mittwoch früh das Anwesen des Krämers Gottfried Hofmeier in Flammen. Bei den Löscharbeiten fand man Hofmeier erstickt in seinem Schlafzimmer auf. Er war durch Hitze veratmet mit einer Decke auf den Kopf in bestialischer Weise getötet worden. Im Laufe der letzten Monate waren 42 Einbrüche in die Krämererei verübt worden.

Reiningen. 1. Febr. Ein mit sechs jungen Burschen und Mädchen besetzter Koboldstutzen fuhr in der vergangenen Nacht die vorerste helle Chauffee von Dresbach nach Reiningen hinab. Kurz vor dem Ende der Fahrt stieß der Schütze gegen die Mauer eines Bergschlössers. Der Anstoß war so heftig, daß einer der jungen Leute sofort tot war. Vier weitere wurden verletzt.

Glöckelshausen. 1. Febr. Im Lenzhof bei Odenkirchen hat sich in der Nacht zum Mittwoch eine blutige Liebestragödie abgespielt. Der 24jährige Gutsoverwalter Ewald v. Reddinghausen aus Glöckelshausen schloß sich kurz nach Mitternacht in das Schlafzimmer seiner Braut und feuerte auf sie einen Schuß ab. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst. Der Bruder der Braut, der durch die Schüsse aus dem Schlaf aufschreckte, fand den Gutsoverwalter tot auf, während das Mädchen noch Lebenszeichen von sich gab. Krankhafte Eifersucht soll der Grund zur Tat sein.

Berlin. 1. Febr. Oberst von Reichenau ist anstelle des Oberst von Bredow zum Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium ernannt worden. Zum Kommandeur der 1. Division und Befehlshaber im Wehrkreis 1 wurde Generalmajor von Braunsbach, bisher Inspekteur der Artillerie, ernannt.

Berlin. 1. Febr. Der gestrige Tag brachte ein erhebliches Ansteigen der Grippeerkrankungen in Berlin. Die Allgemeine Ortskrankenkasse meldete gestern 572 Zugänge gegen 303 am Tage vorher und rund 50 zu Beginn des Monats Januar. Eine größere Anzahl von Schulklassen in den verschiedenen Bezirken — zur Zeit im ganzen 30 — mußten geschlossen werden.

Berlin. 1. Febr. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Monat Januar 1933 durch den Reichsanzwiler 539 neue Konkurse ohne die wegen Mangelabganges abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung und 194 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 521 bzw. 280.

Auflösung des Reichstags und Aufbruch der Reichsregierung im Spiegel der Berliner Presse

Berlin. 2. Febr. (Fig. Weid.) Das Hauptthema der Morgenblätter ist naturgemäß die Auflösung des Reichstags und der Austritt der Reichsregierung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, der Versuch, die fehlende Mehrheit auf dem Wege der Neuwahlen zu erreichen, enthalte große Gefahren nicht zuletzt wegen der sehr erregten Stimmung, die schon jetzt täglich neue Todesopfer fordere. Zu begründen sei, daß der Wahlkampf diesmal wenigstens so kurz wie möglich gehalten werden solle. Nachdem die Regierung geklärt habe, durch die Auflösung im Reich und in Preußen ihre Arbeitsmöglichkeiten verbessern zu können, sei es Pflicht

der rechtseingestellten Wähler, dafür zu sorgen, daß dieses Ziel erreicht und nicht etwa gefährdet werde. Die Arbeitsmöglichkeit der Rechten werde umso größer sein, je größer die Macht sei, die die bürgerlichen Parteien samt dem Stahlhelm und den Nationalsozialisten im Reichstag vom 5. März 1933 an die Seite zu stellen vermögen.

Die „Völkische Zeitung“ betont, daß zum ersten Male der Kampf um die klare Entscheidung zwischen Nationalismus und Bolschewismus gehe. Zum ersten Mal kämpfe die deutsche nationale Weltanschauung gegen den undenklichen Geist des Internationalismus. Zwischen diesen beiden großen Gruppen liege das Zentrum. Es habe in diesen Tagen nicht den Mut gehabt, für Recht zu optieren. Das Verhalten des Zentrums in diesen Tagen sei ein Scheinwandel gewesen, mit dem es seine abermalige Option für links verschleierte wollte.

Die „Völkische Zeitung“, die der Ansicht ist, daß der Aufruf nur nichtlagende allgemeine Redewendungen enthalte, sagt, wenn der Verlauf des Wahlkampfes dem Aufruf entsprechen werde, werde der neue Reichstag den Volkskörper noch härter und gefährlicher treffen als die dauernden Attaken des vorigen Jahres.

Die „Germania“ schreibt unter der Überschrift „Zurückwieder Nachtsturm“: Anstatt sich mit staatsmännischer Geduld und Vernunft ausreichende Arbeitsmöglichkeiten bei der Volkvertretung zu sichern und in dieser Richtung, wie es Pflicht gewesen wäre, wenigstens einen ernsthaften Versuch zu machen, appellieren die neuen Herren erneut an die heilige Leidenschaft eines gefährlich aufgewühlten Volkes und an das unheimliche Glück der Wahlentscheidung. Die Zentrumspartei geht mit reinem Gewissen in diesen Wahlkampf. Sie hat seit Monaten das menschenmögliche getan und versucht, um den ehelichen Zusammenbruch einer Volksgemeinschaft zu einer deutschen Volksgemeinschaft zu erreichen.

Der „Vorwärts“ fordert die „Arbeiterfront“ gegen „Danzburger Front“. Die Sozialdemokratie kämpft für die Einigkeit des ganzen kämpfenden Volkes. Jetzt seinen Streit Arbeiter gegen Arbeiter! Jetzt alles fest zusammengeschlossen zu einem kühnen Block zu Abwehr und Angriff!

Aus Welt und Leben

Ergrauen der Haare. Das frühzeitige Ergrauen der Haare ist wie das normale Altersergrauen meist blendend und vollständig allmählich. Es beginnt in seltenen Fällen durch Nachwuchs von pigmentierten Haaren. Das Ergrauen steht mit Vorgängen des gesamten Organismus und namentlich des Nervensystems im engsten Zusammenhang. Seelische Einflüsse können das frühzeitige Ergrauen hervorrufen. Immerhin muß aber doch eine bestimmte, vererbte Disposition vorhanden sein. Das ergrauende Haar enthält im ganzen genommen weniger Farbstoff und mehr Luft als das normal gefärbte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter gewissen Bedingungen das sonst farbige Haar der Entfärbung, und zwar in ganz kurzer Zeit unterliegt. Es wurde u. a. festgestellt, daß bei einem mit Sauerstoffmangel behafteten Kranken die früheren blonden Kopf- und Barthaare innerhalb einer Nacht ergrauen. Dr. G. Rubenmann in Berlin betont, daß die Vererbung und Behandlung des vorzeitigen Ergrauens von großer Wichtigkeit ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vererbung und Behandlung des vorzeitigen Ergrauens von großer Wichtigkeit ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vererbung und Behandlung des vorzeitigen Ergrauens von großer Wichtigkeit ist.

Der Reichsdirektor des Prinzen von Wales ist der Inspektor Palmer, der jetzt erst 55jährig in den Ruhestand tritt. Die Diktation zu bewahren, ist natürlich seine oberste Pflicht, denn es dreht sich immerhin um den englischen Thronfolger. In seiner Eigenschaft als Reichsdirektor des Prinzen von Wales hat er die ganze Welt kennen gelernt. Er war auf seine spätere Tätigkeit durch seinen Werdegang vorbereitet. Als junger Beamter sah er ein paar Anarchisten. Man wurde aufmerksam auf ihn, ließ ihn Sprachen studieren und schickte ihn schon vor dem

Kriege mit Spezialaufträgen nach Holland, Belgien und Deutschland. Im Krieg leitete er die Spionagabehörde der englischen Generalstabes in Frankreich. Nach dem Krieg machte man ihn zum Leiter der Abwehr der kommunistischen Gefahr, bis er dann vor hieben Jahren zum Reichsdirektor des Prinzen von Wales ernannt wurde. Inspektor Palmer bewahrt auch jetzt noch seine absolute Discretion und versichert, daß er niemals, im Gegensatz zu anderen Reichsdirektoren, seine Memoiren schreiben werde. Viel öfter als die große Öffentlichkeit ahnt, ist der Prinz von Wales in schwerer Gefahr gewesen, besonders auf seiner Indienreise. Palmer hatte die herannahende Gefahr meist schon im Gefühl abgesehen, das Drohende in der Mehrzahl der Fälle so geschickt abzuwehren, daß selbst der Prinz nichts von dem merkte, was ihm beinahe bevorstand hätte. „Wir haben“, so erzählt Herr Palmer, „Bomben im Rascheneiraum gefunden und dochbewaffnete Jäger in verdeckten Wäldern des Schiffs, mit dem der Prinz fuhr. Kanakische, politische Agenten aus Brinsis, Irkutsk, usw. — das waren die Gesellen, die ausgerechnet dem gutmütigen und jedem gutwillenden Prinzen zu Leibe wollten. Es ist nie etwas Ernstliches daraus geworden. Dem Prinzen machten die kleinen Aufregungen nichts aus. Er ist ein mutiger Kerl. Aber für mich wird nicht immer leicht. Schließlich ging es ja um den englischen Thronfolger. Nicht nur die äußerlichsten der Gefahren sah er jedoch abzuwehren, sondern auch die kleineren, sehr persönlichen Gefahren mußten oft überdrückt werden, die aus den eigenartigen Neigungen des Prinzen entsprangen. — Aber hier tritt wieder die Discretion in ihr Recht, die ich nicht verletzen werde. — Nach einem sorgenvollen Leben will ich mich zur Ruhe legen. Nur eines hat ich bemerkt... die Reiselustigkeit ist mir härter in Fleisch und Blut übergegangen, als ich gedacht habe. Vielleicht bleibe ich für mich persönlich Reichsdirektor.“

Hitler ausverkauft

Am Tage der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler setzte in den einschlägigen Geschäften eine fürmliche Nachfrage nach Hitlerporträts ein. Jeder nationalsozialistische Wähler wollte Hitler möglichst groß und möglichst gerahmt an der Wand seines Zimmers haben. Ein Berliner Blatt teilt mit, daß schon in den Nachmittagsstunden größere Porträts von Adolf Hitler ausverkauft waren. Nur noch Vorkatzen waren zu haben. Daneben wurden nationalsozialistische Schalplatten, Bilderbogen mit braunen Soldaten und Jünglingen stark gefragt. Daselbst macht sich auch Gedanken darüber, wie und wo Hitler als Reichskanzler wohnen wird. Die dem Reichskanzler zugehörige Amtswohnung in der Reichsstraße hat bekanntlich noch der jetzige Reichskanzler von Papen inne. Da Herr von Papen das Haupt einer zahlreichen Familie ist, er als Reichskanzler gleichfalls Anspruch auf eine Dienstwohnung hat, dürfte er seine im zweiten Stock der Reichsstraße liegende Amtswohnung beibehalten. Für den neuen Reichskanzler sollen im gleichen Stockwerk einige von den zahlreich dort vorhandenen Räumen zweckentsprechend eingerichtet werden. Für die nächsten Tage dürfte Reichskanzler Hitler mit seinem engeren Stab im Hotel Kaiserhof wohnen bleiben.

Geschäftliches

Der aufmerksame Beobachter sieht es, wenn eine Unmöglichkeit Sie behindert, Ihre Arbeit zu tun. Die häufigsten Hindernisse Sie vergeblich dagegen an. Und doch ist es so einfach, durch einige kleine Pyramiden-Tabletten Umwegen und Schmerzen schnell und sicher zu beseitigen. Pyramiden-Tabletten sind über 25 Jahre das bewährteste Hausmittel; sie sollten auch Ihre festen Begleiter sein.

Tuberkulösen-Fürsorgestelle.

Die nächste Sprechstunde findet am Samstag den 4. Februar 1933, nachmittags von 1/2 3—5 Uhr, auf der Charlottenhöhe bei Calmbach statt. Die Untersuchungen werden nur auf Grund ärztlicher oder behördlicher Ueberweisung durchgeführt.

Gemeindepflege Birkenfeld.
Verschiedene Steuerpflichtige haben bis jetzt noch keinen Antrag auf Ausgabe von

Steuerergutscheine

gestellt. Antragsvordrucke und Reckblätter, welche die gesetzlichen Bestimmungen enthalten, können auf der Gemeindepflege abgeholt werden.

Birkenfeld, den 1. Februar 1933.
Gemeindepflege: Bucherer.

Freiwill. Feuerwehr Birkenfeld.

Am Samstag den 4. Februar 1933, abends 1/2 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Löwen“ unsere jährliche

Generalversammlung

statt. Tagesordnung:
1. Tätigkeitsbericht. 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Festl. 4. Wahlen. 5. Anträge und Beschwerden der Mitglieder. 6. Verschiedenes.

Die Verwaltung.

Darlehenskassen-Verein Schwann.

Am Samstag den 4. Febr. 1933, nachm. von 2—4 Uhr, verkaufen wir folgende Gegenstände gegen Barzahlung:

1 Personenkraftwagen, 1 Lastkraftwagen, 4 Leiterwagen (ein- und zweispännig), 1 Futterfährmaschine, eine Schrotmühle, 1 Kreisfähr, 1 komb. Kreisfähr mit Motor und Anlaßer.

Zusammenkunft bei der Drehschleife.

Ferner bringen wir abends 7 Uhr auf dem Rathaus zum Verkauf:

Ein Wohnhaus mit Scheuer, Stall, Schopf, Werkstatte, Hofraum und 13 a Baumgarten.

Klebhader sind eingeladen.

Der inserierende Geschäftsmann

wird zu jeder Zeit die Aufmerksamkeit auf sich lenken und seinen Gewinn durch vermehrten Umsatz erhöhen.

Geschäfts-Empfehlung

Der verehr. Einwohnerschaft von Neuenbürg u. Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich die

Metzgerei des Herrn R. Vogt

übernommen habe und dieselbe heute

Donnerstag den 2. Febr. zur Eröffnung

bringen werde. Durch langjährige Tätigkeit in nur

ersten Geschäften Stuttgarts bin ich in der Lage, meine Kundschaft mit nur

erstkl. Fleisch- und Wurstwaren

zu bedienen. Ich bitte, das meinem Vorgänger

entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. — Lieferung frei Haus.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Otto Cantz, Metzgermeister, mit Frau

Große Dinge stehen bevor!

Bewegte Zeiten, wie wir sie jetzt haben, machen eine schnelle und zuverlässige Orientierung notwendig. Diese Arbeit leistet das Heimatblatt und deswegen kann es auch von niemand entbehrt werden. Im Heimatblatt kommt jeder Leser auf seine Rechnung. Sehr oft schon konnte man es erleben, daß Bauern und Geschäftsleute durch die falsche Sparsamkeit, keine Tageszeitung zu halten, oft zu großem Schaden gekommen sind. Für den Produzenten wie für den Konsumenten ist eine genaue Kenntnis der Wirtschaftsverhältnisse notwendig. Besonders jetzt, wo immer noch die langen Winter-Abende vorherrschen und auch der Bauer wieder mehr Zeit für eine beschauliche Betrachtung der Vorgänge in der Welt hat, sollte er sich das tägliche Lesen seines Heimatblattes zur Pflicht machen.

Nochmal billig!

Riesen-Fett-
Büdlinge
Pfund 20 Pfg.

Württ.
Forstamt Langenbrand.

Schinkenwurst
leicht geräuchert
Pfund 58 Pfg.

Beigolz-
Verlauf

am Donnerstag den 9. Februar 1933, vorm. 1/2 10 Uhr, in Schömburg im Gasthaus „Löwen“ aus Staatswald Hengstberg und Rumpelsteig: Km.: 15 Bu.-Schtr., 240 Bu.-Klohh., 162 Nadelh.-Ausfch. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart-W.

Frische Fische
diese Woche
billiger!

Grüne Heringe
3 Pfd. 40 Pfg.

Rabliau
im ganzen Fisch
Pfund 27 Pfg.

Rabliau-Filet
Pfund 50 Pfg.

Möbel!
Ganze Zimmer sowie Einzel-
möbel wegen Räumung und
Umstellung verkauft zu billig-
sten Preisen

G. Rietheimer Söhne,
Pforzheim,
Tunnelsstr. 10 u. 12, Tel. 5018.

Stempeltinten
Stempelfarben
Stempelständer
Firmenstempel
in allen Größen

... und noch wie vor
5% Rabatt!

E. Meb'sche Buch-
handl., Neuenbürg

